

Service public dient dem Volk und der Wirtschaft

Die öffentlichen Dienstleistungen, zu denen auch die Bildung gehört, werden in der Schweiz effizient und auf hohem Niveau erbracht. Dies zeigt eine Studie der Konjunkturforschungsstelle (KOF) der ETH Zürich. Sie wurde anlässlich des dritten Aktionstages für den Service public am 15. September in Bern präsentiert.



Fotos: Marc Renaud

Podiumsdiskussion im Berner Hotel «Bern». Das Wort hat Beat W. Zemp, LCH-Zentralpräsident und Gastgeber der Service-public-Tagung.

Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen ist in den letzten Jahren ein Dauerthema der politischen Diskussion. Wirtschaftsverbände beklagen, die Schweiz sei in diesem Bereich im Rückstand gegenüber den «Besten» im EU-Raum, speziell bei Telekommunikation, Post und Bahn, aber auch im Bildungs- und im Gesundheitswesen. «In dieser Situation geraten die Verbände und das Personal immer mehr in die Ecke der vermeintlichen Wohlstandsverhinderer», stellte an einer Fachtagung in Bern LCH-Zentralpräsident Beat W. Zemp fest. Die KOF-Studie belege nun aber das Gegenteil: «Öffentliche Dienstleistungen erhöhen den volkswirtschaftlichen Wohlstand und die Produktivität einer Marktwirtschaft erheblich.»

Zemp war in seiner Funktion als Vorsitzender der Ebenrain-Konferenz (Allianz der Arbeitnehmenden) und der Aktionsgemeinschaft für den Service public auch Gastgeber der Berner Tagung vom 15. September. Rund 120 Teilnehmende aus 17 Gewerkschaften und Personalverbänden der öffentlichen Dienste mit

insgesamt mehr als 350 000 Mitgliedern diskutierten die Studie und die Situation des Service public. In einer Resolution fordern die 17 Organisationen dazu auf, «die Politik des Sparens um jeden Preis zu stoppen, die geplanten Abbauprogramme zurückzunehmen und der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen des öffentlichen Personals Einhalt zu gebieten». (Wortlaut der Resolution S. 9)

Wo der Markt versagt

«Die Marktwirtschaft braucht öffentliche Dienstleistungen, da der Markt nicht immer zu einem optimalen Ergebnis führt», lautet die grundsätzliche Feststellung der KOF-Studie unter dem Titel «Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Service public in der Schweiz». Die Konjunkturforschungsstelle der ETH hat die Studie im Auftrag der Ebenrain-Konferenz durchgeführt. Projektleiter Andres Frick legte in seiner Präsentation dar, zwar gewährleiste im Prinzip der Markt eine effiziente Versorgung der Gesellschaft; es gebe jedoch wichtige Bereiche, wo der Markt versage und demzufolge der Staat eingreifen müsse:

- Güter/Dienstleistungen, bei denen niemand von der Nutzung ausgeschlossen werden kann und darf (z.B. öffentliche Sicherheit).
- «Natürliche Monopole», das heisst Situationen, in denen ein einzelner Anbieter den Markt am günstigsten versorgen kann (z.B. Versorgungsnetze).
- Güter/Dienstleistungen, bei denen die Gesellschaft ein starkes Interesse an genügender Versorgung hat, wo private Anbieter aber tendenziell zu wenig produzieren (z.B. Bildung, Gesundheitswesen).
- Güter/Dienstleistungen, deren Nutzen die Bürgerinnen und Bürger tendenziell unterschätzen (z.B. Alterssicherung, Bildung und Kultur).

Natürlich können öffentliche Dienstleistungen von privaten Anbietern erbracht werden; aber dann braucht es eine starke und aufwändige Aufsicht, um die Interessen des Staates und seiner Bürger durchzusetzen. Zudem muss garantiert sein, dass nicht auf ein staatliches Monopol einfach ein privates folgt, den



Andres Frick, wissenschaftlicher Mitarbeiter der ETH-Konjunkturforschungsstelle und Leiter der KOF-Studie.



Ruth Genner, Präsidentin Grüne Schweiz: Auch ökologisches Handeln des Staates ist Service public.



Doris Schüepp, Generalsekretärin vpod: Wo Privatisierung versagt, ruft plötzlich auch die Wirtschaft wieder nach dem Staat.

Rahm abschöpft und seine Bedingungen diktiert. Und es sind Vorkehrungen zu treffen für den Fall, dass der private Anbieter seine Leistung plötzlich nicht mehr anbietet. (Beispiel: Geht eine Privatschule in Konkurs, muss der Staat wieder die Bildung übernehmen – und zwar per sofort.) «Die damit verbundenen Kosten können die allfälligen Vorteile einer Privatisierung mehr als aufwiegen», heisst es in der Zusammenfassung der KOF-Studie.

Entscheidend für die Effizienz sei «das Ausmass von Wettbewerb auf oder um den entsprechenden Markt». Effizienzsteigerung lasse sich jedoch auch im staatlichen Sektor durch «Reformen mit marktähnlichen Elementen» erzielen.

Jeder und jede Fünfte im Service public

Der Service public erbringt rund 22 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung in der Schweiz. Etwa gleich hoch ist der Anteil der Beschäftigten der öffentlichen Dienste; jeder und jede fünfte Arbeitnehmende ist in diesem Bereich tätig. Laut KOF-Studie liegt die Schweiz damit etwas unter dem internationalen Durchschnitt (auch z.B. hinter Grossbritannien und Deutschland). Zudem attestieren internationale Vergleiche dem Schweizer Service public «eine hohe Effektivität und einen wichtigen Beitrag zur Standortqualität». «Überraschenderweise», so die ETH-Konjunkturforscher, «ist auch kein negativer Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Steuerbelastung nach-

weisbar.» Es gebe jedenfalls keinen Anlass zur Vermutung, die Steuerbelastung in der Schweiz sei bereits auf einem Niveau, wo sie als Wachstumsbremse wirken könnte.

Serge Gaillard, Chef-Ökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, kommentierte: «Die Studie der KOF gibt keine Hinweise darauf, dass die schweizerische Wirtschaft von Liberalisierungen oder Privatisierungen im Infrastrukturbereich profitieren könnte. (...) Die Schweiz sollte sich deshalb darauf konzentrieren, Leistungsziele in den Vordergrund zu stellen, statt ideologisch motivierte Privatisierungsdebatten zu führen.»

Mit eindrücklichen Beispielen illustrierte Daniel Brélaz, Stadtpräsident von Lausanne, wohin es führen kann, wenn Profitdenken in öffentlichen Aufgaben wie etwa der Wasserversorgung Einzug hält: Die Preise steigen, ertragshemmende Faktoren (Umweltschutz, Unterhalt der Verteilnetze) werden auf die Öffentlichkeit abgewälzt. Andererseits sei es Illusion, anzunehmen, der freie Markt allein garantiere Wettbewerb. Wer (wie zurzeit die Stadt Lausanne) eine «Métro» baue, könne in Europa höchstens noch unter zwei Fahrzeuanbietern wählen. Vertreterinnen und Vertreter der 17 Organisationen der Aktionsgemeinschaft für den Service public zeigten mit eindrücklichen Statements für ihre jeweiligen Bereiche auf: Ein gut funktionierender Service public wirkt sich nicht nur auf die wirtschaftliche Entwicklung

der Schweiz aus; er dient auch dem sozialen Frieden, der Garantie der sozialen Grundrechte und hat nicht zuletzt eine positive Wirkung auf die ökologische Entwicklung und Sicherung der natürlichen Ressourcen.

Ruth Genner, Präsidentin der grünen Partei, machte deutlich, dass Service public im Bereich Ökologie zwar keine unmittelbare Profitmaximierung, dafür aber langfristig eine sinnvolle Investition bedeutet. Insbesondere sichere diese Investition die für die Gesellschaft notwendigen Lebensgrundlagen wie Wasser, natürliche Umwelt, Erholungsräume und trage zur Chancengleichheit aller Bürgerinnen und Bürger des Landes bei.

15. September: Tag des Service public

Die Aktionsgemeinschaft für den Service public wurde im Jahr 2004 gegründet. Mit der Berner Tagung setzte sie zum dritten Mal ein Zeichen gegen die «Politik der leeren Kassen» und den schleichenden Abbau der öffentlichen Dienstleistungen. In Zukunft, so Beat W. Zemp, soll der 15. September alljährlich als nationaler Aktionstag für den Service public begangen werden.

Heinz Weber

Weiter im Netz

www.lch.ch – Auf der Website des LCH sind sämtliche Dokumente der Tagung, darunter die vollständige KOF-Studie, abrufbar.